

Die Samtgemeinde Tostedt hat ein Flugblatt mit einer so genannten „Richtigstellung“ an alle Haushalte geschickt. Das Flugblatt ist gefüllt mit Unterstellungen, allerdings wird fast gar nicht konkret auf die von uns angeführten Argumente und Fakten eingegangen.

Wesentliche Passagen des Flugblatts der Verwaltung werden nachfolgend kommentiert:

Flugblatt der Samtgemeinde	Erwiderung
<p>„Der Springerbau war schon seit jeher eine Fehlplanung ...“ „Der Rathausenerweiterungsbau ist kein Selbstzweck, sondern ein mit Weitsicht und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geplantes Vorhaben, ... Die Maßnahme ist auf die nächsten 40 bis 50 Jahre ausgerichtet ...“</p>	<p>Wenn das stimmen sollte, wie konnte es dann damals zu einer derartigen Fehlplanung kommen? Was sagen die damaligen Mitglieder des Samtgemeinderates zu dieser „Fehlplanung“? Teilweise sitzen diese Ratsmitglieder immer noch im Samtgemeinderat und haben den jetzigen Abriss und Neubau mitbeschlossen. Wieso reichte damals die Weitsicht der Samtgemeinde nicht bis ins nächste Jahr, jetzt aber 40 oder 50 Jahre weit? Hätte man 1960 oder 1970 schon weitsichtig für 2010 planen können?</p>
<p>„Alle Bürgerdienste (Beratung und Informationen in allen Lebenslagen) an zentraler Stelle bündeln!“</p>	<p>Diese Bündelung erfolgte bereits mit der Rathausenerweiterung vor 12 Jahren, seitdem ist die komplette Samtgemeindeverwaltung am Standort Schützenstraße untergebracht. Dass lediglich zahlreiche Umzüge am aktuellen Standort geplant sind, zeigt Samtgemeindebürgermeister Dirk Bostelmann anschaulich in einem Fernsehbericht von N3 (auf „mediathek starten“ klicken, Minute 1). Auch dieses zentrale Argument der Verwaltung trifft daher nicht zu.</p>
<p>„Kein privater Haushalt muss 500,- Euro bezahlen. Das ist zum einen falsch berechnet und zum anderen reine Stimmungsmache!“</p>	<p>Unsere Berechnung der durchschnittlichen Kosten pro Haushalt von über 500 € ist in leicht gekürzter Fassung auch im „Nordheide Wochenblatt“ veröffentlicht worden. Der Verwaltung waren also ohne übermäßige Mühen die Details der Berechnung bekannt. Wenn man dann behauptet „falsch gerechnet“, dann sollte man schon sagen, wo man meint, einen Fehler gefunden zu haben! Auch die Mietzahlungen des Landes für die Unterbringung der Polizei wurden in unserer Berechnung berücksichtigt, allein die Belastung durch Zinsen ist allerdings weit höher. Offensichtlich hat die Verwaltung keinen Fehler gefunden, behauptet aber trotzdem das Gegenteil!</p> <p>Im ZDF-Fernsehbericht sagte Samtgemeindebürgermeister Dirk Bostelmann: “Natürlich zahlt das der Steuerzahler, wir sind ja kein Wirtschaftsunternehmen als Samtgemeinde Tostedt, letztlich.“ (Minute 8:30)</p>
<p>„Herr Innenminister Uwe Schönemann hat sich vor Ort von diesem in Niedersachsen wohl einzigartigen Projekt informiert und es überaus gelobt ...“</p>	<p>Es ist kaum anders zu erwarten, wenn eine Kommune freiwillig Ausgaben für eine Landesaufgabe übernimmt. Hat sich in der Samtgemeindeverwaltung vielleicht schon einmal jemand gefragt, warum ein derartiges Projekt „einzigartig“ ist?</p>
<p>„Ein eigener Sitzungsaal ist heute Standard und soll für bis zu 80 Sitzungen der Politik zur Verfügung stehen und könnte auch durch andere Gruppen ... genutzt werden.“</p>	<p>Die allermeisten Sitzungen können bereits bisher in dem vorhandenen Sitzungsraum (Ansicht im Beitrag von N3, Minute 1:55) stattfinden. Lediglich für die wenigen Ratssitzungen ist dieser Raum zu klein. Diese können weiterhin in den Sälen der örtlichen Gastronomie stattfinden. Will die Samtgemeinde noch darüber hinaus den vorhandenen Anbietern (VielHarmonie, Meierhof, Wiechern, Schützenhalle) Konkurrenz machen?</p>
<p>„Wie viel Raum wird neu geschaffen? ... Es geht nicht darum, schönere und größere Büros für weniger Mitarbeiter zu schaffen, sondern die Verwaltung an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen.“</p>	<p>Wir haben nie behauptet, dass es um mehr Bürofläche geht. Vielmehr sind wir aufgrund der Zahlen der Samtgemeinde zu dem Ergebnis gekommen, dass insgesamt nur 3 qm zusätzliche Bürofläche entsteht! Wieso ein Abriss und Neubau nötig sein soll, um die „Verwaltung an die sich verändernden Rahmenbedingungen anzupassen“, bleibt ein Rätsel.</p>

<p>„Allein durch die Mieteinnahmen kann über die Laufzeit (20 Jahre) eine Summe von rd. 720.000 € gegenfinanziert werden. ... Die beschlossene Obergrenze von 3.796.816,38 Euro (abzüglich Finanzierung durch Gegenfinanzierung = 3.076.816,38 €) beinhaltet sämtliche Kosten ...“</p>	<p>Es wird von einer „Finanzierung durch Gegenfinanzierung“ gesprochen und die Mietzahlungen über 20 Jahre werden von der Bausumme abgezogen. Dass die Samtgemeinde selbst bei der Einhaltung der Obergrenze in diesen 20 Jahren ca. 2,9 Mio. € zusätzliche Zinsen zahlen muss, wird einfach außer acht gelassen. Die Verschuldung wird nach 20 Jahren trotz Mietzahlungen insgesamt um ca. 6 Mio. € angestiegen sein. Außerdem sind bei der „Obergrenze“ keine Umzugskosten, keine Kosten für die Einrichtung und keine Kosten für die Außenanlagen berücksichtigt.</p>
<p>„Abbildung des Neubaus auf dem Flugblatt“</p>	<p>Der geplante Neubau dominiert vom Erscheinungsbild das historische Rathaus. Der Springerbau wurde auch aus Gründen des Denkmalschutzes in einer bescheideneren Weise realisiert.</p>
<p>„ ... die damalige Erweiterung des Rathauses beinhaltet nicht den Bereich Rathaus, sondern nur den Um- und Anbau ehemalige Mädchenschule (Schützenstraße 26)! Hier erfolgt auch wieder eine Irreführung!“</p>	<p>Besteht das Rathaus nur aus dem „historischen Rathaus“? Wir haben den Begriff Rathaus stellvertretend für alle Verwaltungsgebäude benutzt. Die Verwendung der Gelder wurde richtig beschrieben, denn das Bürgerbüro und der Anbau betreffen die ehemalige Mädchenschule:</p> <p>„ ... das neue Bürgerbüro wurde eingerichtet, ein Anbau neu erstellt und die Verwaltung an einem Standort zusammengefasst.“</p> <p>Den Beschluss des Samtgemeinderats von 1998 über die „Sanierung des Rathausaltbaues und des Springerbaues“ mit einer Kostenobergrenze von 1,338 Mio. DM haben wir getrennt aufgeführt.</p>
<p>„Die Kindergartengebühren werden nach einem Beschluss von 1994 jährlich überprüft und nach den Personalkostensteigerungen angepasst und haben mit <u>Baumaßnahmen rein gar nichts</u> zu tun.“</p>	<p>Außer der beschriebenen Erhöhung wurde auf der Ratssitzung am 9.3 auch eine Anrechnung des Elterngeldes bei den Kindergartengebühren beschlossen. Dies führt bei den Betroffenen zu erheblichen Gebührenerhöhungen. Zu diesem Thema führte Herr Johannsen auf der Ratssitzung folgendes aus:</p> <p>„Soweit die Satzung wie vorgelegt verabschiedet wird, wäre dies ein Schritt in die falsche Richtung. Es ist der Öffentlichkeit schwer vermittelbar Bauprojekte und Ausgaben von mehreren Millionen Euro zu beschließen und in gleicher Sitzung das Thema Elterngeld in der vorgeschlagenen Form zu behandeln.“ Protokoll der Ratssitzung vom 9.3.2010</p>
<p>„Auch die Schließung des Freibades ist überhaupt nicht beabsichtigt.“</p>	<p>Vor etwas über 10 Jahren hatte der damalige Samtgemeindedirektor Laubrich die Fraktionsvorsitzenden zu einem Krisentreffen bezüglich der finanziellen Situation der Samtgemeinde geladen. Auf der Tagesordnung stand auch die Schließung des Freibades. Damals konnte die Schließung abgewendet werden, jetzt lassen die drastisch steigende Verschuldung und die sich weiter verschlechternden Steuerschätzungen leider befürchten, dass die Samtgemeinde nicht mehr in der Lage sein wird, dies zu verhindern.</p>

Diese Zusammenstellung findet sich auch im Internet:

www.schuldenrathaus-tostedt.de

Im Internet führen die hier blau geschriebenen Passagen zu weiteren Informationen bzw. zu den angeführten Fernsehberichten.